

ger bezahlt machen soll. Daß es unmöglich ist, auf dem Weitewege die Macht für ein Drittel des Volkes wirtschaftlich und finanziell auszubenten, ist selbstverständlich. Aber die Führer dieser Partei wissen recht gut, daß ihre Soldaten und ihre Befriedigung für sie von größerer Bedeutung sind, als die Wählerstimmen, die ihnen nach gelungenem Umsturz gleichgültig sein würden.

Die Ziele der faschistischen Bewegung in Deutschland liegen deshalb durchwegs im politischen Bereich. Staatsrechtlich gesehen, ist das Ziel dieser Bewegung die Vernichtung der demokratischen Verfassung. Praktisch zielt die nationalsozialistische Bewegung auf eine Diktatur nach italienischem Muster ab. Der Ausschließlichkeitsanspruch dieser Diktatur ist in einem der letzten Zeitungsverbote offenkundig geworden. Die Berliner Zeitung „Tempo“ wurde verboten mit der Begründung, daß eine von ihr veröffentlichte Botschaft geeignet sei, das Vertrauen großer Kreise der Bevölkerung in die Zielsicherheit und Richtigkeit der Regierungsmaßnahmen zu erschüttern. Ziel und Sinn jeder Kritik ist selbstverständlich die Beseitigung der Richtigkeit und Zielsicherheit von Regierungsmaßnahmen, also wird grundsätzlich jede Kritik in Deutschland mit Unterdrückung bedroht. Die Freiheit der Presse ist praktisch abgeschafft.

Der Einbruch in die Verwaltung und in die Sicherheitsorgane des Staates droht das Gesicht des deutschen Berufsbeamtentums zu verändern. Angesichts der Fesselung der Presse wagen sich Proteste aus dem Bürgertum kaum dagegen hervor. Die „Kölnische Zeitung“, einst die Hauptträgerin liberaler Gedankenansätze, klagt: „Das wird nicht ohne Folgen für die Freiheiten und Rechtsstellung des Einzelbürgers in seinem Verhältnis zum Staat, den sonstigen öffentlichen Verbänden und den öffentlichen Funktionären sein.“ Diese neue Bürokratie und Polizei würde nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für das ganze Volk einen Verlust von Freiheit bedeuten, wenn es nicht gelingt, die diktatorlusternen Kräfte niederzukämpfen.

Die Entwicklung zum sozialen Wohlfahrtsstaat, das Ziel der Sozialpolitik und Sozialisten, ist heute unterbrochen. Der Staat soll Herrschaftsinstrument und Ausbeutungsobjekt für die herrschende Partei werden. Ingleich vertiert er völlig den rechtsstaatlichen Charakter. Vor dem Eintritt in die Macht hat die nationalsozialistische Bewegung laut den Satz verkündet, daß Mensch nicht gleich Mensch sei. Nach dem abischenlichen Mordanschlag, den fünf nationalsozialistische Bürgerkriegssoldaten im August 1932 in dem schlesischen Ort Potempa begangen haben und nach der Verurteilung der Mörder im Beutheimer Prozeß erklärte Hitlers Organ:

„Als der Weltkrieg ausbrach, fiel der französische Basist Jourés durch ein Verbrechen. Der Mörder wurde später vom Gericht freigesprochen. Unseren objektiven Juristen standen die Klagen zu Berge ob dieses „Skandals“. Frankreich aber hatte in seinem Lebensinteresse gehandelt. Der Mann jedoch, der einen Anschlag auf Clemenceau verübte, wurde kurzerhand hingerichtet. Das war selbstverständlich. Entgegen allen jüdischen liberalistischen Gesetzen, daß Mensch gleich Mensch sei, haben einige Nationen ihren Instinkt doch noch erhalten. Nun sind die Objekte auf Deutschen besonders stolz, prahlen mit ihrer unerschütterlichen Zufriedenheit, die keine politische Lage berücksichtigen. Wir aber erklären, daß diese Berücksichtigung das Wesentliche bei allen Prozessen zu sein hat.“ („Völkischer Beobachter“, 26. 8. 1932)

Heute spricht man nicht mehr so kraß, aber auch nicht weniger deutlich. Der Reichsminister Göring hat folgenden Erlaß zur Ausnahmerechtsverordnung des Reichspräsidenten herausgegeben:

„Die Reichsregierung hat den Herrn Reichspräsidenten um den Erlaß dieser scharfen Handhabung bitten müssen, um die von ihr in Angriff genommene Arbeit des Wiederaufbaues gegen Störungen durch staatsfeindliche Kräfte zu sichern. Dieser Aufgabe und Bedeutung der Verordnung haben die zu ihrer Durchführung berufenen Behörden und Beamten sich stets voll bewußt zu sein. Bei der Anwendung der Vorschriften sind daher Motive und Zweck von Verfassungen weitgehend zu berücksichtigen. Die Verordnung ist nicht dazu geschaffen, die hinter der Regierung der nationalen Erhebung stehenden Volksteile in ihrer willkommenen und notwendigen Mitarbeit an der Förderung der hohen Ziele der Reichsregierung zu behindern.“

An die Stelle eines allaneingültigen Rechts tritt ein Recht der Motive und Zwecke. Die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz ist aufgehoben.

An diesem Punkte steht der deutsche Faschismus nicht nur auf den Widerstand der deutschen Völker, sondern darüber hinaus auf die alten bürgerlichen Ideen. Im September des vergangenen Jahres, als Hitler sich offen zu den Mordanschlägen von Potempa be-

kannte, mahnte der rechtsstehende deutsche Politiker Paul Rohrbach den damaligen Reichskanzler von Papen:

„Es ist das Bekenntnis zur Tat, um das es geht. Dieses Bekenntnis bedrängt ganz Deutschland moralisch aus den Angeln, vor sich selbst und vor der Welt, wenn das deutsche Volk es schweigend hinnimmt. Das müssen Sie als Haupt der deutschen Regierung verhindern. Es geht nicht an, daß wir im Innern der moralischen Anarchie verfallen, und es darf nie soweit kommen, daß der Appell an die Gerechtigkeit im Munde eines deutschen Außenministers zum Hohn wird. Wollen Sie für unsere Freiheit stehen, so muß der Schick des nationalen Willens, mit dem allein Sie sich wappnen können, rein sein. Ist er das nicht, dann haben Sie nicht die Kraft, das Prinzip internationaler Rechtsgleichheit, die Forderung nach der Freiheit, nach Befreiung unserer blutenden Grenzen, nach Wiederherstellung kolonialer Arbeitsräume für uns durchzusetzen.“

Hier ist ein grundsätzlicher Gegensatz gegenüber einer Bewegung, die den Satz verkündet, daß Mensch nicht gleich Mensch sei, und die sich statt zur Gleichheit des Rechts

zum Prinzip der Ausbeutung und der Macht nach innen wie nach außen bekenn.

Man nennt im Lager des Nationalsozialismus in Deutschland das, was sie wollen: Ausbruch der Nation; obgleich es klar ist, daß mehr als die Hälfte der Nation davon nichts wissen will. Es ist ein Aufbruch — aber nicht zur Arbeit, sondern zu ganz anderen Dingen! Vor die Opfer der Wirtschaftskrise wird nicht eine Neuordnung der Wirtschaft nach konkreten Plänen und Prinzipien als nächstes Ziel hingestellt, sondern ein neuer Militarismus. Nicht die wirtschaftliche Organisation als Vorbedingung der bestmöglichen Versorgung jedes einzelnen ist die Zielsetzung, sondern eine neue Organisation der Gewalt.

Im Anfang seiner Bewegung hat ihr Führer Hitler mit dem Gedanken gespielt, sie „sozialrevolutionär“ zu nennen. Der Name wäre so falsch gewesen, wie ihr heutiger Name. Sie ist nicht sozialrevolutionär, sondern sozial zersetzend! Sie zielt nicht auf

eine sinnvolle Neubildung und Neuorganisation der Gesellschaft auf höherer Kulturstufe, sie will vielmehr eine Rückkehr zu primitiven Formen staatlicher und gesellschaftlicher Organisation gegenüber den demokratischen Formen, sie will eine Rückkehr zu den Formen der Militärarokratie. Die Zukunftsvision der faschistischen Revolution in Deutschland ist ein republikanisches Gegenstück zur früheren Militärmonarchie! Für eine Partei, der die militärische Organisation im Vordergrund steht, kommt die Wirtschaft erst in zweiter Linie, als Dienerin des Machtwillens. Frühere deutsche Staatsmänner haben den Satz verkündet: Die Wirtschaft ist das Schicksal. Die nationalsozialistischen Staatsmänner von heute sind keine Anhänger dieses Satzes. Für sie liegt das Schicksal in der Gewalt.

Damit aber ist das Wesen ihrer Zielsetzung völlig klargestellt. Sie organisiert man nicht eine Nation zu Arbeit, Aufbau und Frieden, sondern lediglich zur Gewalt!

Die Gefahren der faschistischen Reaktion.

Genosse Taub zur außenpolitischen Lage.

Prag, 2. März. Im Außenamt des Abgeordnetenhauses wurde heute die Debatte über das gestrige Venedig-Exposé abgeführt. Genosse Taub legte in aller Offenheit die grundlegenden Überlegungen dar, die der Zusammenbruch der Locarno-Politik und das Aufkommen der ärgsten Reaktion in Deutschland in der Politik der mitteleuropäischen Staaten naturgemäß zur Folge haben mußte, und benützte diese Gelegenheit zu einem klammernden Protest gegen die brutalen Terrormethoden, die der größtenteils gewordene Faschismus nunmehr in Deutschland gegen die Arbeiterklasse anwendet.

Nicht minder entschieden wendete sich dann Genosse Taub auch gegen das Treiben unserer Rechtsparteien, in deren Vertretung Kallina heute Krokodilstränen über die „Persecution“ des Herrn Krebs vergossen hatte, zur selben Zeit, wo die Rechte in Deutschland eine wahre Freizeid gegen jeden Politiker, Künstler und Journalisten entfacht, der nicht auf Hitler oder Papen eingeschwooren ist.

Genosse Taub führte u. a. aus:

Das Ziel unserer außenpolitischen Bestrebungen ist die Verständigung aller Völker, denn nur sie vermag den Frieden zu sichern. Unsere Politik muß daher auf einen europäischen Pakt gerichtet sein, der die friedliche Zusammenarbeit aller Staaten gewährleistet und daher vor allem die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zur Voraussetzung hat. Wir anerkennen, daß der Herr Außenminister seine Bemühungen in dieser Richtung gelenkt hat.

Wenn wir heute dennoch einen Pakt zwischen bloß drei Staaten vor uns haben, so muß unsere Stellungnahme hierzu von der allgemeinen internationalen Lage ausgehen. Noch nie hat das Nachkriegs-Europa das Bild einer solchen Zerrüttung geboten wie gerade in diesem Augenblick. Die Entwicklung, die von den Vertragspartnern von Locarno ausging und die durch den Kellogg-Pakt weitergeführt werden sollte, ist zerbrochen. Das Bündnis der Staaten der Kleinen Entente, auf dem die internationale Politik des ersten Nachkriegsjahres beruht, besteht nicht mehr.

Wir hatten gegen diese Konstellation die schwersten Bedenken, aber sie ist durch eine neue, noch weit gefährlichere abgelöst worden, durch die Ruchpolik des Faschismus, welcher die ganze europäische Atmosphäre vergiftet. Wir sind entschlossene Gegner der Völkerei, aber gerade diese Organisationspolitik ist und festzustellen, daß der faschistische Pakt ein ernstes Totschlag ist. Italien sucht ganz Europa in den Bann seiner Politik zu ziehen. Es hat Ungarn ganz in seinen Fängen, es hat wiederholt versucht, auch Rumänien in seine Kombination einzugliedern. Die reaktionäre Umwandlung in Deutschland begünstigt noch die Pläne des faschistischen Italien!

In diese Situation fiel die Ditzinger Affäre, die Aufhebung des Waffenembargos und zugleich die offene Enttötung der schon früher nicht unbekanntem Versuche Italiens, auch Österreich zum Werkzeug seiner Politik zu machen.

Aus dieser Situation ist der neue Pakt der Kleinen Entente entstanden, der ja keine Neuorientierung der Außenpolitik dieser Staaten bedeutet, sondern die bestehende Orientierung nur bekräftigt.

Wir wollen nicht verhehlen, daß der Inhalt des Paktes gewisse Fragen aufwirft, über die wir vom Herrn Außenminister Aufklärung wünschen. Wir würden selbstverständlich die ernstesten Bedenken hegen wenn durch den Pakt die Selbstständigkeit der Außenpolitik des Landes beeinträchtigt würde und wenn sich aus dem Pakte Verpflichtungen ergeben sollten, welche die Tschoslowakei in gefährliche Verwicklungen hineinzuziehen könnten. Wir wären dem Herrn Minister sehr dankbar, wenn er hierüber volle Beruhigung schaffen könnte.

Im übrigen müssen wir uns aber fragen, welche außenpolitischen Möglichkeiten der Tschoslowakei unter den heutigen Verhältnissen überhaupt offen stehen?

Der Völkerverbund ist vollkommen aktionsunfähig. Der Krieg im Fernen Osten, den er

nicht zu verhindern vermag, ist dafür der deutliche Beweis. Die Abrüstungskonferenz, auf die wir wahrlich keine überhöflichen Hoffnungen gesetzt haben, ist vollkommen gescheitert. Sie ist heute überhaupt nichts anderes mehr, als ein Werkzeug der sich gegenseitig durchkreuzenden außenpolitischen Interessen.

Keine politische Gemeinschaft mit den Henkern des deutschen Volkes!

Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ist durch die gegenwärtige Entwicklung in Deutschland unterbunden. Das deutsche Volk ist heute nicht imstande, seine Außenpolitik nach seinen Bedürfnissen zu bestimmen, es ist in die Gewalt von Machthabern geraten, die ihm jede Möglichkeit der Selbstbestimmung nehmen.

Die gegenwärtige Reichsregierung vertritt nicht die Mehrheit des deutschen Volkes. Ihre Unterdrückungsmaßnahmen, die bewußte Unterdrückung der täglichen Terrorakte gegen die Arbeiterklasse, die vollkommene Unterbindung des freien Wortes, die Aufhebung aller staatsbürgerlichen Rechte befähigen nur, daß sie nicht imstande ist, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen, sondern daß sie sich das Ziel gesetzt hat, durch unerhörten Terror eine Reichstagsmehrheit zu erpressen. Wenn diese Regierung den Brand des Reichstags, der allem Anschein nach ein Werk bestellter Provokateure war, zum Vorwand nimmt, um die letzten Reste der Freiheit auszulöschen, vollkommen unbeteiligte Menschen zu Hunderten zu verhaften, die Presse großer Parteien vollkommen zu vernichten, wenn die Arbeiter in ihren Heimen, sozialistische Funktionäre in ihren Wohnungen des Lebens nicht mehr sicher sind, dann ist es klar, daß diese Regierung, die nach innen hemmungslos ihren Machtgelüsten Ausdruck gibt, auch nach außen hin nicht der Partner für eine Politik der Verständigung und des Friedens sein kann!

Die feudale Reaktion hat sich mit der demagogischen Reaktion vereinigt, um die wankende Herrschaft der kapitalistischen Ausbeutung aufrecht zu erhalten.

Unser einziger Wunsch dieser Regierung gegenüber ist, daß es der Kraft der deutschen Arbeiterklasse gelingen möge, sie sobald als möglich hinwegzuführen.

Wir bekennen uns zur innigsten Solidarität mit der deutschen Ar-

beiterklasse, wir wünschen die politische Zusammenarbeit mit dem großen deutschen Volk, aber wir wünschen keine Gemeinschaft mit seinen Henkern!

Was können in einem solchen Europa die kleinen Staaten tun, wenn sie nicht willenlos Spielball rivalisierender Großmächte werden sollen? Es bleibt nichts anderes übrig, als daß sie ihre Kräfte zusammenschließen und ihre Politik selbstständig machen.

Der Pakt ist das Ergebnis einer Entwicklung, die in dem zerrütteten und zersplitterten Europa keine andere Möglichkeit offen ließ.

Wir sind uns bewußt, daß die wirtschaftliche Bedrohung des Paktes nicht groß sein kann. Aber welche Möglichkeit bleibt auch hier? Vor dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise hatten Deutschland, Österreich und Ungarn den größten Anteil an unserem Außenhandel. Heute bereitet Deutschland eine Politik der wirtschaftlichen Autarkie, welche die Handelsbeziehungen der Tschoslowakei mit Deutschland auf das äußerste einschränkt; der Außenhandel Österreichs ist auf ein Minimum gesunken, Ungarn ist zahlungsunfähig. Im übrigen schließt der Pakt nicht aus, sondern legt es sich im Gegenteil in seiner Einleitungsformel zum Ziel, die wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten zu befestigen, eine Aufgabe, die wir bereitwillig unterstützen wollen.

Wenn wir aus diesen Erwägungen den Bericht des Herrn Außenministers zur Kenntnis nehmen, so geschieht dies in der Voraussetzung, daß sich die Tschoslowakei in ihrer Außenpolitik ausschließlich von dem Bestreben leiten lassen wird, den Frieden zu erhalten und zu sichern. Wir lassen die Bestimmungen des Artikels X, die sich auf die Prinzipien des Kellogg-Paktes, des allgemeinen Arbitrage-Paktes und der Locarno-Vereinbarungen beziehen, in diesem Sinne auf.

Wir betonen auch heute wieder, daß die Arbeiterklasse nur einer Politik des Friedens dienen kann und dienen wird. Die gegenwärtige Situation ist in der weltgeschichtlichen Entwicklung nur eine Episode. Die trotz allem unüberwindliche Kraft der Arbeiterklasse wird auch die Gefahren der Gegenwart überbrücken! Wir haben in unserem Lande die organisierte Kraft und den politischen Einfluß der Arbeiterklasse ungeschwächt erhalten. Wir sind bereit und entschlossen, ihre ganze Kraft zum Schutz und zur Wahrung des Friedens einzusetzen!

Die demokratische Fratze unserer Nationalen!

Und nun, meine Herren, sei mir gestattet, auf einige Ausführungen des Herrn Ing. Kallina zu reagieren. Herr Ing. Kallina hat auf gewisse Vorgänge angespielt, die sich in den letzten Tagen ereignet haben. Ich kann nicht glauben, daß Herr Ing. Kallina ernstlich erwarten kann, daß seine Worte irgendwelchen Widerhall auslösen könnten. Ich kann mich über gewisse Vorgänge entsetzen, wenn ich selbst gewillt bin, das, was ich in der Theorie predige, auch selbst zu handhaben.

Aber die Enttötung über eine Verhaftung nimmt sich ganz eigenartig bei dem Vertreter einer Partei aus, die sich in Deutschland heute über alles Recht hinwegsetzt, die sich nicht damit begnügt, den einen oder anderen zu verhaften, sondern bei der Massenverhaftungen an der Tagesordnung sind.

Wenn man das, was Herr Ing. Kallina gesagt hat, angehört hat, wenn man die Tränen sah, die er

hier vergossen hat, muß man sagen, daß all das in trauriger Gegenlage zu der Praxis steht, die heute in Deutschland geübt wird.

Ich möchte die Vorgänge in Deutschland nicht in die heutige Debatte ziehen, aber es ist notwendig, daß man endlich einmal gründlich abrechnet, den Herren die Waage vom Gewicht reißt und aufzeigt, wie sie sich hier die innere Gestaltung denken, und wie sie dort, wo sie, wie ich hoffe, vorübergehend an der Macht sind, ihren Nachhang stiften!

Wenn man die ganze Politik, die jetzt in Deutschland befolgt wird, beobachtet, erlebt man jeden Tag neue Beweise dafür, daß die Herren ganz anders handeln, als sie feierlich behaupten, solange sie in Opposition waren.

Die Herren haben, als sie zur Regierung gelangten, vor allem festgesetzt, der Kundfunk

Scharfes Verhör mit den Faschisten.

Brünn, 2. März. (Sch. P.) Kobzinal und Gajdl werden noch auf der Polizeidirektion verhört. Das Verhör wird sich bis in die späten Nachtstunden hinziehen. Auf Grund ihres Verhörs wird die Polizei weitere Nachforschungen über die Richtigkeit ihrer Aussagen durchführen.

dürfte nicht für politische Zwecke ausgenützt werden. Aber das erste, was sie taten war, daß der Rundfunk ausschließlich für ihre politische Propaganda benützt wurde und daß keine andere Partei mit Ausnahme der Parteien, die an der Regierung beteiligt sind, vom Rundfunk Gebrauch machen kann. Das hat es unter dem „marxistischen“ Regime, das ja in Wirklichkeit in Deutschland nie geherrscht hat, niemals gegeben.

Wer geglaubt hat, daß man jetzt in Deutschland mit demokratischen Faktoren zu tun hat, den haben die Ereignisse, die sich seit der Einführung dieser Regierung in Deutschland abgespielt haben, davon überzeugt, daß man es jetzt mit einer Regierung der allerträgensten Reaktion zu tun hat. Von Demokratie ist auch nicht ein Schatten vorhanden. Den führenden Menschen innerhalb dieser Regierung ist es nur darum zu tun, mit allen Mitteln ein Botum herbeizuführen, das kein freies Botum ist.

Die Herren wollen nur dem Ausland gegenüber den Anschein erwecken, als ob es sich darum handelte, ein „freies“ Deutschland zu errichten. Das, was sich abgespielt hat, hat nicht nur gegenüber Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch gegenüber allen möglichen Faktoren des kulturellen und geistigen Lebens Deutschlands, ist ein so unerhörtes Vergehen, wie noch die Regierung keiner Nation im Gefolge hat!

Das, was sich in den letzten Tagen ereignet hat, zeigt allem die Akroese auf!

Von der kommunistischen Partei, die in Deutschland 6.000.000 Wähler hat, wird ein Mann aus Holland bestellt, zu dem Zwecke, damit er gerade im Reichstag die Brandfackel legt, und der Mann läßt sich dort noch fangen! Es ist ein besonderes „Glück“ für Hitler gewesen. Der Mann hat seinen Kopf und sein Genie ausgezogen, aber die Regierpartei der kommunistischen Partei hat er bei sich behalten, zu dem Zwecke, damit sofort festgestellt werden kann, daß er ein Kommunist ist.

Die Raube ist so offenkundig, daß der letzte Deutsche — wenn wir es nicht mit einer direkten Verhöhnung der Menschen zu tun hätten — sie durchschauen müßte. Er müßte ja sonst darauf kommen, daß das von Herrn Hitler angeordnete war und daß man sich anständig annehmen sollte auf Herrn Hitler darauf geeinigt hat: Wir werden dieses Parlament angünden!

Diese Brandfackel ist jetzt das Am und Auf der Wahlagitation der Reichsparteien. Andererseits wird aber jede Wahlagitation der anderen Parteien unterbunden, es wird die Presse verboten, es werden alle Flugblätter konfisziert, kurz und gut, es wird diesen Parteien überhaupt unmöglich gemacht, eine Wahlagitation zu entfalten. Es ist unmöglich, daß infolge solcher Maßnahmen etwas ein Sieg der Rechten kommen wird, aber als Botum des Volkes kann das niemand ansprechen, der die Vorgänge in Deutschland verfolgt.

Im Zusammenhang mit diesem Brande im Reichstage wurden hunderte Menschen ohne daß auch nur die geringste Untersuchung eingeleitet worden wäre, verhaftet und in den Kerker geworfen.

Angeht es all' der Tschechen gehört doch ein Wort dazu, wenn Herr Kallina kommt und uns von „Freiheit“ predigen will. Das ist das Schicksal!

Noch aus einer nichte ich ihm antworten: das ist die „Klein-Entente“ des Sudetenlandes. Dieser Appell kommt zur unrichtigen Zeit. Wir haben schon zu ruhigen und klaren Zeiten den Rat gehabt, den Herren zu sagen, was wir über die sogenannte „Klein-Entente“ denken. Nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, nicht nur, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß aus Sicht der unüberwindlichen Kluft zwischen uns und der „Klein-Entente“ eine politische Bindung nicht möglich ist, sondern auch aus anderen Gründen heraus!

Jedem, der hier in der Tschechoslowakei Politik machen will, jedem Deutschen muß es klar sein, daß eine wirklich deutsche Politik, eine Politik im Interesse der deutschen arbeitenden Bevölkerung nur möglich ist und nur herbe geführt werden kann durch Verständigung zwischen den Völkern, keinesfalls aber durch Schärung des Hasses des einen Volkes gegen das andere. Es heißt nicht: wir müssen Partner in tschechischen Politik finden, die Verständnis aufbringen für die Situation der Deutschen in diesem Staate. Nur auf diese Weise ist es möglich, der deutschen arbeitenden Bevölkerung in diesem Staate jene Position zu schaffen, die sie aufgrund ihrer Stärke erlangen kann. Nach dieser Richtung geht unser Bemühen, und wir werden durch unsere tschechische Bruderpartei in diesem Bestreben nach nationaler Verständigung unterstützt.

Ich glaube nicht, daß Herr Ing. Kallina auf einen gleichartigen Partner in der tschechischen Bevölkerung hinweisen kann, aber ich glaube, daß nur durch Wahrung des Verständnisses auf der einen Seite und der Einigkeit, in der sich die andere Seite für die Situation, in der sich die deutsche Arbeitende Klasse in diesem Staate befindet, eine Änderung zu unserem Gunsten herbe geführt werden kann.

Von den sonstigen Rednern erinnerte Speiß (Sch. Kex.) daran, daß die Kleine Entente 45 Mil-

Im Dritten Reich.



Der Hakenkreuzfaschismus sorgt für „Zucht und Sitte“!

lionen Einwohner hat, gegenüber 48 Millionen Einwohnern in Italien; er tritt auch für eine Annäherung Bloens an die Kleine Entente ein. Eine Organisation Mitteleuropas sei heute nötiger als je, weil die weitere friedliche Entwicklung Mitteleuropas durch den italienischen und Hitler-Faschismus bedroht ist.

Kallina (D. Kat.) verlangt die Sofortentlassung des Abgeordneten Krebs und protestiert dagegen, daß der Vorsitzende diesen Antrag nicht zuläßt. Später erschöpft er sich in Angriffen gegen die deutschen Regierungsparteien; die Kleine Entente sei nichts anderes als ein militärisches Reservat für die weitere Durchführung der französischen Donaupolitik. Gegen den Vorschlag spricht sich auch der ungarische Christlichsozialer Holty aus, da sich die Spitze dieses neuen Blocks ausschließlich gegen Ungarn richte.

Richter (Sch. Kex.) gibt zu, daß die wirtschaftlichen Fragen größere Schwierigkeiten verursachen werden als die politischen.

Genosse Keras dankt der österreichischen Sozialdemokratie, daß sie Europa auf Hitlerberg aufmerksam gemacht und auch den zweiten Versuch Verfehlens vereitelt hat. Er macht nochmals darauf aufmerksam, daß Ungarn heute ein großes Waffenlager im Herzen Europas darstellt, und nimmt dann namens seiner Partei zu dem neuen Vorschlag durchwegs positiven Standpunkt ein. Für die Kleine Entente wäre es eine wesentliche Stärkung, wenn wenn in Jugoslawien und Rumänien die demokratischen Elemente gestärkt und das heutige Regime durch ein liberaleres und demokratischeres abgelöst würde.

Dr. Hajn (Nat.-Dem.) war diesmal sogar mit einem Teil des Benes-Komples, das das Verhältnis zu den Großmächten betrifft, einverstanden. Der Appell Benes an die politischen Parteien zur Zusammenarbeit müsse ergänzt werden durch einen Appell an die Regierung, die sich auch zu dem Standpunkt aufschwingen müsse, den Benes im Sinn habe.

Rosovsky (Komm.) erklärt, daß die drohende Entwertung in Mitteleuropa zu offenen Konflikten durch den Vorschlag befehle nicht werden.

Dr. Luskha (D. Kex.) hält die Kleine Entente weder geographisch noch geschichtlich für begrenzt. Solange nicht Tatsachen vorliegen, die zu einem Abbau der Spannungen führen, sehe seine Partei dieser neuen Konstruktion skeptisch gegenüber.

Für die tschechischen Agrarier sprach am Nachmittag Ing. Zilla. Die Landwirtschaft erklären sich zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den anderen Staaten der Kleinen Entente bereit, allerdings unter der Voraussetzung, daß Verständnis für die schwere und komplizierte Stellung der tschechoslowakischen Landwirtschaft vorhanden sei. Es werden sich aber sicher Wege zur engsten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den anderen Staaten der Kleinen Entente finden lassen.

Drusovsky (tsche. Nat.-Soz.) verwahrte sich gegen den ungarischen Revisionismus, der nichts anderes als die Erneuerung der alten historischen Bezüge fordere.

Die Kleine Entente sei auf der Wacht, damit diese Herren nicht den Bedürfnis des Krieges nach Mitteleuropa schleudern können.

Sierhut (D. D.) ist ganz entsetzt über den „unstreitig“ von den Kommunisten ausgehenden Reichstagsbrand, der ein Flammenzeichen dafür sei, „wohin die Zustände führen könnten“. Auf die innerpolitischen Verhältnisse eingehend, erklärt er, bei den Tschechen scheine immer noch nicht die Einsicht zu bestehen, daß sie die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Nationen schaffen müßten. Seine Partei habe seit sechs Jahren bewiesen, daß sie tatsächlich loyal die Pflicht der konstruktiven Mitarbeit restlos erfülle. Sie sei auch bereit, den Weg weiterzugehen, aber es müsse ihr auch die Möglichkeit hierzu gegeben werden, denn schließlich könne sie nur so weit mitgehen, als es für ihre aktivistische Politik tragbar sei. Was sich in der letzten Zeit abgespielt habe, sei nicht geeignet, ihre Mitarbeit auf die Dauer sicherzustellen. Der beste Wille seiner Partei mühe nichts, wenn dieser Wille nicht durch Taten von Seite der Tschechen gestützt werde.

Genosse Dr. Kares (tsch. S. D.) erklärt zur Wiederkehr der Regierung, staatsmännische Klugheit zwingt die Regierung, sorgfältig die Wiederkehrstage zu prüfen. Wenn unsere Deutschen sagen können, daß sie in diesem Staate zufrieden sind, so kann niemals ein Reichsbürger der Welt einreden, daß die Tschechoslowakei ein Hindernis des Friedens sei. Den größten Schaden verursache der Politik der Wiederkehr Kallina und seine Helfershelfer, die durch ihre irredentistische Politik und ihre Unerschlichkeit das Werk der Verständigung kompromittieren, das von den sozialistischen Parteien bereits so verdienstvoll propagiert wurde.

Nachdem noch Dr. Stern gesprochen hatte und einige Bemerkungen zur Geschäftsordnung abgelesen waren, hielt der Außenminister Dr. Benes sein Schlusswort, das erst morgen ausgegeben wird.

Ueber 900.000 Arbeitslose

Prag, 2. März. Im sozialpolitischen Ausschuss des Senats wurde heute konstatiert, daß nach den vorläufigen Meldungen die Zahl der Arbeitslosen im Monat Februar gegenüber dem Vormonat um weitere 8 Prozent gestiegen ist, daß wir also Ende Februar über 900.000 Arbeitslose zu verzeichnen haben.

Zinsfußsenkung angenommen.

Das Plenum des Senats verhandelte am späten Nachmittag in zweistündiger Sitzung die Vorlage über die Zinsfußsenkung.

In der Debatte verlangte Scholz (BdL) u. a. ein Gesetz, wonach der Landwirtschafter ein Prozentiger Kredit verbürgt werden soll; die Nationalbank sollte zu diesem Zweck den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Geldinstituten den Betrag von einer Milliarde zu einer zweiprozentigen Verzinsung zur Verfügung stellen.

Die Vorlage wurde im dringlichen Verfahren in beiden Lesungen angenommen. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden. Vorläufig müßte erst durch weitere Regierungsvorlagen für eine entsprechende Tagesordnung gesorgt werden.

Erfolgreiche Betriebsratswahlen

Bei der Berliner Verkehrsgesellschaft.

Berlin, 2. März. (Eigenbericht.) In der Berliner Verkehrsgesellschaft, einem städtischen Unternehmen, haben heute die Betriebsratswahlen in den Gas- und Elektrizitätswerken stattgefunden. Sie haben mit einem großen Erfolg der freien Gewerkschaften geendet.

Bei den Elektrizitätswerken erhielten:

	Stimmen	Mandate
Freie Gewerkschaften	3034	16
Kommunisten	156	—
Palantenzler	83	—

Bei den Gaswerken ergab sich folgendes Bild:

	Stimmen	Mandate
Freie Gewerkschaften	2352	12
Kommunisten	1298	6
Palantenzler	141	—

Hier haben die Sozialdemokraten gegenüber den letzten Wahlen zwei Mandate von den Kommunisten gewonnen.

Wenn man aus diesem Teilausschnitt ein Urteil über die Wahlstimmung am Sonntag ziehen dürfte, so würde sich also ein Standhalten der marxistischen Front und namentlich auch eine Stabilität der sozialdemokratischen Stimmen ergeben.

Stampier vor der Verhaftung

Berlin, 2. März. (Eigenbericht.) Amlich wurde mitgeteilt, daß der Chefredakteur des „Vorwärts“, Genosse Stampier, verhaftet worden sei. Diese Meldung ist unwahr. Die Polizei bemüht sich zwar, Stampier zu verhaften, ist seiner aber bisher nicht habhaft geworden.

Die unbequeme Auslands- presse.

Berlin, 2. März. Das Reichsgericht hat heute beschlossen, daß angehende ausländischer Augenmeldungen in das Ausland nicht nur die deutsche Presse, sondern auch die Auslands-Korrespondenten mit aller Strenge kontrolliert werden sollen und daß gegen sie mit aller Strenge vorgegangen werden soll, wenn sie Meldungen weitergeben, die der Reichsregierung unangenehm sind.

Haussuchung bei Sowjetbeamten.

Berlin, 2. März. In der Wohnung der Korrespondentin der „Jowetija“ Lilya Kett, drangen gestern, wie erst heute bekannt wurde, bewaffnete Mitglieder eines Sturmtrupps der Nationalsozialisten ein, drohten ihr mit Revolvern und nahmen eine Hausdurchsuchung bei ihr vor. Nachher stellte sich bei der Journalistin die Polizei ein und brachte sie auf das Polizeikommissariat, von wo sie nach einem zweistündigen Verhör wieder entlassen wurde. Auch in der Schule, die von Kindern der Beamten der sowjetrussischen Botschaft besucht wird und auch in der Pension, in der einige Beamte der sowjetrussischen Handelsvertretung wohnen, nahmen nationalsozialistische Trupps Hausdurchsuchungen vor.

Die sowjetrussische Botschaft protestierte beim deutschen Außenamt gegen diese Vorfälle und, wie verlautet, versprach Außenminister von Neurath, daß er dafür Sorge tragen werde, daß sich derartige Vorfälle nicht mehr ereignen.

Das blutende Berlin.

Berlin, 2. März. Im Norden Berlins wurden Mittwoch nachmittags vor einem kommunistischen Verkehrslokal von unerkannt entkommen Tätern mehrere Schüsse abgegeben. Von den Kugeln wurden die Inhaberin des Lokals und ein 59-jähriger Angestellter getroffen. Der Angestellte verlor das Bewußtsein und starb an den Folgen seiner schweren Verletzung gestorben.

Im Laufe des gestrigen Tages und der vergangenen Nacht sind wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten oder Streik, wegen Verbreitung verbotener Druckschriften, wegen verbotenen Geldsammlens und verbotenen Waffensammelns und anderer politischer Delikte 150 Personen festgenommen worden, von denen 80 zur weiteren Feststellung ins Polizeipräsidium eingeliefert wurden.

Thälmann geflüchtet.

Berlin, 2. März. Den „Danzburger Nachrichten“ zufolge ist der Führer der deutschen kommunistischen Partei Thälmann aus Hamburg nach Kopenhagen geflüchtet.

Der Anschlußgedanke erledigt

Wien, 2. März. Die bürgerlich-demokratische Wiener Allgemeine Zeitung“ schreibt über die Rückwirkungen der Ereignisse in Deutschland auf die Anschlußfrage: „Der Anschlußgedanke wird als erledigt angesehen. Auch die von einer Parteifreie ausgegebene Formel, daß wir uns zwar nicht an das jetzige, wohl aber an das künftige, wieder demokratisch gemachte Deutschland anschließen wollen, wird als ein höchst unsicherer Zukunftswechsel mit sehr geringer Begeisterung akzeptiert. Die negative Stellung geht so weit, daß man sich in unserer Öffentlichkeit gar nicht mehr recht über den Anschluß zu reden traut. Die Anschlußforderung gelten als die blamiertere Ersatzpöde, weil sie ja die Annäherung mit der am meisten geknechteten und am meisten entrechteten Nation Europas verlangen.“

Aus dem Hitlerparadies. Bilder aus Oberschlesien.

Im südöstlichen Teile Preußens liegt das oberschlesische Gebiet, dessen Reichtum an Industrie und Kohle einst bekannt war. Seit der neuen Grenzziehung, wobei ein erheblicher und wertvoller Teil Niederschlesiens an Polen fiel, hat das Gebiet unter der Arbeitslosigkeit sehr schwer zu leiden.

In Ratibor, das 5200 Einwohner besitzt, stehen von 24 Fabriken viele zur Gänze still, so z. B. die ehemals 1800 Arbeiter zählende Eisenbahnwerkstätte. Die übrigen Unternehmungen arbeiten mit stark reduzierter Belegschaft, so die Zementfabrik Hütk, die Zementwerke, die Eisengießerei „Danubius“ und die große Maschinenfabrik. Durch den Verlust des Sinterlandes ist der frühere Absatz größtenteils verloren gegangen. Dies trifft auch bei den vier stillgelegten Tabakfabriken und den Schokoladenfabriken zu. Außerdem wurden tausende Bergleute, die früher in den nahen, jetzt polnischen Kohlengruben beschäftigt waren, brotlos. In Ratibor selbst ist z. B. ein Drittel der Bevölkerung arbeitslos, während in den umliegenden Dörfern die Zahl der Erwerbslosen noch weit größer ist. Es handelt sich um ein typisches Notstandsgebiet mit ausgeprägtem gleichem Einkommen und einer sehr starken Vormachtstellung des Zentrums.

Das Gebiet hat noch im Jahre 1931 durch die polnische Aufstandsbewegung schwere blutige Kämpfe gesehen, speziell bei Randzin. In der Geschichte Ratibors ist der blutige Freitag (7. August 1923) hervorzuheben, weil an diesem Tage anlässlich einer Hungerdemonstration sieben Arbeiter erschossen und 20 verletzt wurden. Die Arbeiterbewegung ist durch die fürchterliche Wirtschaftskrise und ungeliebte Spaltung sehr geschwächt worden.

In den letzten Jahren ist die Nazibewegung hochgekommen. Sie findet ihren Halt in den wirtschaftlich entvölkerten, in den Mittelschichten und kennzeichnenderweise auch im agrarischen Dorfe. In Deutschland hat es die Revolution verabsäumt, eine durchgreifende Bodenreform vorzunehmen, den Adel abzuschaffen und mit den Vertretern der kapitalistischen Welt und den Schuldigen des Weltkriegs gründlich abzurechnen. Die alten verbliebenen Reaktionen, die Krautjunfer und Schlobarone, sind infolgedessen heute wieder oben auf. Das flache Land beherrscht im Osten Deutschlands der adeliche Großgrundbesitz, dem Hitler pflichtgemäß die größten Konzessionen macht. In und um Ratibor herrschen der Herzog von Ratibor und Fürst Sigmund als unumstößliche feudale Herren, als ob es niemals eine Revolution gegeben hat. Nicht wenige von ihnen sind heute begüterte Nazis und mit ihnen viele Bauern und deren Söhne. Die wirtschaftlich abhängigen Landarbeiter tun pflichtschuldig mit.

Die ganz auf rohe Gewalt aufgebaute Nazibewegung, die den italienischen Faschismus Zug um Zug nachahmt, hat schon bei den letzten Wahlen unseren Parteigenossen bei der Agitation die schwersten Hindernisse bereitet. Damals waren die Nazis noch in der Opposition, von der Regierung Brüning und Papen bekämpft, während sie heute die entscheidende Macht darstellen. Umso brutaler und gemeiner ist demgemäß jetzt ihr Vorgehen gegen die verhafteten Roten. Das Wort Hitlers, daß der Marxismus ausgerottet werden müsse, fassen sie ganz buchstäblich auf. In dem Orte Bauernitz überfielen sie jüngst nachts die Wohnung eines Parteigenossen, den sie blutig schlugen und dessen Einrichtung sie demolierten. Täglich kamen nun Nachrichten über Schandtaten der Nazibanditen: in Hindenburg das Volkshaus verwüstet, in Beuthen das dortige Volkshaus von ihnen besetzt, in Reife einen Reichsbannmann erschossen usw. In Ratibor selbst suchten uniformierte Nazis im Hotel „Drei Kronen“ auf eigene Faust nach Waffen, drangen in einem anderen Lokal in eine geschlossene Gesellschaft und provozierten eine Schlägerei. Der berüchtigte Schieferlag des Naziministers Göring und ihre Einfügung in die staatliche Schutzpolizei für drei Mark pro Tag und Mann) hat sie noch übermütiger und ruppiger gemacht. Sozialdemokratische Wahlplakate sieht man überhaupt nicht, weil es zwecklos ist, sie anzukleben, denn sie werden sofort abgerissen. Auch dem Zentrum spielt man übel mit, weil es sich samt der Staatspartei entschieden gegen die Hitlerläge wehrt, daß in den letzten 14 Jahren Deutschland zugrunde gerichtet wurde. Bei einem der letzten Wahlen wurde ein wertvolles Lautsprecherauto des Zentrums total zerstört.

Die Schutzpolizei (Schutzpolizei) paßten sich den neuen Machtverhältnissen an, besonders die jüngeren, streberischen Elemente, die weniger durch persönliche Lüstigkeit als durch ihre Gesinnungsaberrung vorwärts kommen wollen. Beamte, die pflichtgemäß bisher gegen die Nazis vorgehen mußten, werden nun abgebaut und durch Hitlerleute ersetzt. Wie anderswo, demonstrieren auch in Gleiwitz Schutzpolizei offen unter der Fahnenkreuzfahne zu Ehren der „Erneuerer Deutschlands“. Wohin man auch blickt, überall herrscht Terror, wird bewußte Einschüchterung der „auffälligen“ Wähler betrieben.

Viele Wette trauen sich nicht mehr, für sozialdemokratische Wahlversammlungen ihren Saal herzugeben oder sie fordern zumindest die Zusage des vollen Schadenersatzes im Falle eines Notstandes. Die arme Partei kann jedoch eine Garantie für 1000 Mark oder noch mehr, natürlich nicht übernehmen. Die Aufforderung Hitlers an seine braunen Jungen, gegnerische Versammlungen nicht zu besuchen, bezog

sich nicht auf sozialdemokratische Versammlungen. Von langer Hand können diese gar nicht vorbereitet werden. Denn das Lokal gesichert ist, belegt ein Trupp Parteigenossen — ausnahmslos Arbeitslose — das Dorf am Tage der Versammlung mit Flugblättern und Einladungszetteln, um den Nazis nicht viel Spielraum zu lassen. Diese erfahren trotzdem oft noch „rechtzeitig“, was die Sozi planen, denn die Versammlungen müssen 48 Stunden vorher der Polizeibehörde gemeldet werden; diese benachrichtigt wieder den Gemeindevorsteher, der in der Regel ein Gegner ist. Und so kommt es nicht selten vor, daß die Nazis aus nah und fern rasch zusammengetrommelt werden und die Versammlung ausfällt. Wenn sie lediglich kramallieren, so ist dies schon erträglich. Es geschieht aber häufig, daß sie die Fenster einwerfen, den Saal stürmen und die Redner insultieren. Während der letzten Wahl wurden eine Anzahl Ratiborer Genossen in einem Dorfwirtschaftshaus regelrecht belagert und mußten von der telephonisch mit Autos herbeigeleiteten Schutzpolizei befreit und abtransportiert werden. Das war noch in der Zeit, wo man in gewissen Parteikreisen wähnte, man könne sich als Republikaner und Demokrat auf die Treue der Schutzpolizei verlassen.

Heute klingt anders! In jeder Wählerversammlung sind stets Schutzpolizei, bis fünf an der Zahl, um die Ruhe und Ordnung zu wahren, aber auch um die vorher angemeldeten Redner zu kontrollieren. Die Einschlebung eines fremden Redners, besonders eines Ausländers, ist unter solchen Umständen gewöhnlich nicht möglich. Dem Redner wird vom Schutzpolizei ans Herz gelegt, keine persönlichen Angriffe (gegen Hitler!) zu machen, am besten keine Namen zu nennen. Als ein Ratiborer Genosse in Abwehr einer gegnerischen Bemerkung, der Sattlergehilfe habe von Politik nichts verstanden, wahrheitsgemäß konstatiert, daß der jetzige Reichslanzler ja auch „nur“ gelernter Anstreicher sei, nahmen das die anwesenden Schutzpolizei gewaltig krumm. Mehrfach ist es vorgekommen, daß die sozialdemokratischen hielten keine Versammlung ab, damit sie nicht in Verlegenheit kommen, denn den Nazis jenen darf ja nichts geschehen! In Ratibor begleiteten Schutzpolizei die Nazis beim Austragen der Flugblätter in den Arbeitervierteln. Zwei aus Oppeln abgeschickte sozialdemokratische Flugblätter wurden dahingegen von der Polizei beschlagnahmt. Viele tausende Exemplare fielen ihr in die Hände. Bei den Kommunisten fanden Hausdurchsuchungen statt. (Mit den Kommunisten, denen jede öffentliche Propaganda verboten ist, kann man endlich in den Versammlungen ein vernünftiges Wort sprechen.)

Die Polizei ist mit technischen Hilfsmitteln glänzend ausgestattet, es steht ihr sowohl der eigene Funddienst wie das Ueberfallkommando

zur Verfügung. Bei der zielbewußten Dehe gegen Kommunisten und Sozialdemokraten müssen unsere Genossen auf das Schlimmste gefaßt sein. Alles wird gegen sie mobilisiert: die Uebermacht der kapitalistischen Presse, die Propaganda, der Rundfunkdienst, aber auch das — Schulwesen. Wurde doch in den Schulen der Wahlauftrag der Regierung Hitler-Papen-Engenberg gegen den Marxismus angelehrt und von Nazilehrern entsprechend „erläutert“. Alles läuft darauf hinaus, die sozialistischen Parteien zu zerstören. Die wildesten Gerüchte sind im Umlauf und haben sich zum Teil bereits erfüllt. Nach dem Ausnahmezustand und dem zeitweisen Verbot der proletarischen Presse droht die Auflösung des Reichsbanners, wie es der „Stahlhelm“ schon verlangt hat, die Auflösung wenigstens der kommunistischen Partei, die Verhaftung tausender Parteigenossen und am Ende eine Art Bartholomäusnacht, die „Nacht der langen Messer“, wofür die Nazis schon lange schwärmen.

In den Nächten nach dem 5. März werden die führenden Genossen gut tun, ihr Heim nicht aufzusuchen. Im Siegesrausch oder aus Wut über eine eventuelle Wahl Niederlage sind die braunen Burschen zu allem fähig. Charakteristisch ist die Bemerkung eines nationalsozialistischen Ortsvertrauensmannes auf die Forderung, er solle einen randallierenden Nazi zur Raison bringen, daß er das nicht tue, denn er fürchte, von seinem Parteifreund — erschossen zu werden. Nachgewiesen ist auch, daß ein wegen Minderjährigkeit abgestrafter ehemaliger polnischer Insurgent heute tatkräftiger Nazi ist.

Die brutalen Gewalttaten der Nazis und ihr widerlicher Terror stößt viele Bürgerliche ab, doch spenden sie um des lieben Friedens willen fleißig für die diversen Bedürfnisse der Streikkräfte Hitlers. Man scheut sich auch nicht, Juden anzuschornen, etwa für den „Motor S. A. Oberschlesien“. Die Spender erhalten beständig, daß sie mit so und soviel Mark „den Entscheidungskampf um Deutschlands Zukunft“ unterstützen können.

Armes Deutschland! Heute herrscht dort die stupide Gewalt des Faschismus, der durchaus kein speziell italienisches Gewächs ist, unter dem verständnisvollen Beifall des um seine Existenz bangenden Kapitalismus der ganzen Welt. Darüber kann doch keine Täuschung bestehen. Besonders für die europäische Ausbeuterklasse erscheinen die Nazihelden Hitler, Göring und Frick geradezu als Retter vor dem „Bolschewismus“, d. h. dem Sozialismus.

Wenn doch auch alle Proletariat diese furchtbaren Zeichen der Zeit verstanden und sich endlich zu gemeinsamen Handeln, zusammenschließen! Viel, sehr viel können die Proletariat aller Länder aus den Vorgängen in Deutschland lernen. Nicht zuletzt, daß man fest zupacken muß, wenn man die Macht hat, aber auch zupacken, wenn es gilt, die Eroberung der entscheidenden Macht vorzubereiten. J. Sch.

Die Erdrosselung der Freiheit.

„Kleine“ Meldungen aus dem Reich.

In Gleiwitz drangen SA-Leute in die Geschäftsstelle des sozialdemokratischen „Oberschlesischen Volksblatt“, rissen die aushängenden Zeitungen herunter und drohten den Angestellten mit Schlägen für den Fall des Wiederaushangs der Zeitungen. Dann zog der Trupp zum Arbeitsamt und verlangte dort, daß nur noch an Nationalsozialisten Wohlfahrtsgelder ausgezahlt werden sollen. Mehrere kommunistische Arbeiter wurden vor dem Arbeitsamt niedergestochen und schwer verletzt.

Am Mittwoch wurden bei mehreren Führern der Eisernen Front in Breslau sowie im Delfer Volkshaus wieder Hausdurchsuchungen vorgenommen, die sämtlich ergebnislos verliefen.

Von den Führern der Eisernen Front in Breslau wurde auch der technische Leiter des Ortsvereins Breslau des Reichsbanners, Billert, verhaftet. Ingesamt sind in der schlesischen Hauptstadt im Laufe der letzten beiden Tage 27 führende Funktionäre der Linksparteien festgenommen worden. Bei den Hausdurchsuchungen in den Räumen vor Organisationen der KPD und der SAP beschlagnahmte die Polizei 120 Zentner Druckschriftenmaterial.

Das Druckergebäude des „Volksblatt für Anhalt“ ist am Mittwoch nachmittag von der Dessauer Polizeiverwaltung geschlossen worden. Die Räume wurden verriegelt.

Die sozialdemokratische „Volksmacht“ in Bernburg und ihr „der „Volkswille“ in Götzen, sind bis einschließlich 1. März vom anhaltischen Staatsministerium verboten worden.

Die württembergische Regierung hat auf Ersuchen der Reichsregierung mit sofortiger Wirkung sämtliche in Württemberg erscheinende kommunistische Zeitungen und Druckschriften sowie alle kommunistischen Versammlungen verboten. Alle kommunistischen

Druckschriften einschließlich Plakate und Flugblätter wurden beschlagnahmt.

Die Chemnitzer „Volksstimme“ ist am Mittwoch auf Verlangen der Reichsregierung auf vierzehn Tage verboten worden.

In Berlin ist der größte Teil der kommunistischen Verkehrslokale geschlossen worden. Bisher wurden allein in der Reichshauptstadt etwa zweihundert kommunistische Funktionäre verhaftet. Ein großer Teil der kommunistischen Führerschaft ist inzwischen ins Ausland geflohen.

Der braunschweigische Innenminister hat auf die Dauer von zwei Wochen alle im Freistaat Braunschweig erscheinenden kommunistischen und sozialdemokratischen Druckschriften sowie Aufsätze, öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen und Mitgliederversammlungen der KPD und der SPD verboten. Das Verbot gilt zugleich für alle der KPD und SPD angeschlossenen Organisationen, wie Reichsbanner und Eisernen Front.

Die sächsische Regierung hat den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Leipzig Reichner beurlaubt. Außerdem wurden die Stellvertreter der sozialdemokratischen Antihauptstelle von Jowitzan und Chemnitz mit der selbständigen Erledigung der Polizeigeschäfte beauftragt, mithin den sozialdemokratischen Antihauptleuten diese Befugnis entzogen.

Recklinghausen, 2. März. Auf Grund der umfassenden Aktion gegen die Kommunisten wurden im Rheinlande rund 1200 und in Westfalen rund 850 Personen festgenommen.

Schwerin in Mecklenburg, 2. März. Der Mecklenburg-Schweriner Minister des Innern hat heute die gesamte sozialdemokratische Presse in Mecklenburg-Schwerin für die Zeit vom 3. bis 9. März verboten.

Angriff auf die österreichischen Eisenbahner.

Die Regierung Dollfuß, in der sich einige antimarxistische Kernkräfte, deren geistiger Patron schwerlich über einige Bierbankphylogen hinaustritt, zu „staatsmännischem“ Tun zusammengeschlossen haben, die Dollfußler, die den geistigen Mittelstand und das handarbeitproletarische provinzieller Wohlhabenheit repräsentieren, sind größtenteils als „Bürgerliche“ in den Bundeskanzlerstuhl gebracht hat, seine Kräfte wachsen, er baut wie ein Elefant im Porzellanladen um sich, er spielt den „starken Mann“, er gebärdet sich wie ein Werkelasse, der nach der Meist des Faschismus tanzt, er provoziert die Arbeiterklasse. Aber es sind die letzten verzweifelten Regungsversuche einer Regierung, die bereits in Agonie liegt.

Die Stierenberger Affäre hat ein sensationelles Nachspiel gehabt. Immer wenn in Österreich ein Korruptionsfandal aufsteigt, so bleibt die Generaldirektion der Bundesbahnen nicht unbeteiligt. Sie ist seit Jahren ein Experimentierfeld, ein Schachbrett der antimarxistischen Korruptionisten geworden, die Domäne der Straflia und Konforten. Der Generaldirektor Seefehlner mußte gegangen werden, weil ihm nachgewiesen wurde, daß er im Auftrag und Dienst Ungarns oder Italiens die Stierenberger Waffen trotz aller Bindungen der Regierung (oder hat sie von seinen unaufrichtigen Machtnationen gewußt?) nach Ungarn verschoben, die Sendung dann als „Fehltransport“ deklarieren und nach Abladung der Waffen die Leeren Waggons nach Italien senden wollte. Dieser Ehrenmann wollte sich mit einem hohen Geldbetrag (wer hätte den gezahlt?) das Schweigen des sozialdemokratischen Abgeordneten König erkaufen. Diese Unvorsichtigkeit mußte er mit der Entfernung aus dem Dienst bezahlen, aber man kann sicher sein, daß ihn seine Gönner in der Regierung und seine Geldgeber nicht im Stich lassen werden. Er ist doch zweifelhaft nur ein Strohwann, hinter dem jamaicaner Strich steht vor allem der Bundesführer der Heimwehr, der stets geldbedürftige Fürst Starobenberg. Nachdem nun Seefehlner wegen des Skandales aus dem Amt scheiden mußte — man wird ihm nicht wehtun — verdrückt man sich in der Person des Generaldirektors Schöpfer einen neuen Mann der starken Faust, einen „Autokraten“, der mit den Eisenbahner und ihrer Gewerkschaft aufräumen soll. Schon vor Jahren versuchten es die Antimarxisten mit der sogenannten „unabhängigen Gewerkschaft“, einer Heimwehrfreiwilligergarde, aber dieser Vortrupp der Generaldirektion blieb zu völliger Einflusslosigkeit verurteilt, die Eisenbahner haben die Funktion dieser Unternehmungskonstrukturen bald erkannt. Nun hat es die Generaldirektion der Bundesbahnen mit Provokationen versucht, sie erklärte sich im Februar außerstande, Gehälter und Pensionen der Eisenbahner wie bisher auf einmal auszusahlen, sondern dekretierte einfach, ohne Führungsnahme mit der Regionalverwaltung, also gegen die in Geltung stehenden Vorschriften, daß sie am 1. März nur einen Prozentsatz, später wieder einen Teil der Bezüge und den Rest „irgendwann“ auszahlen werde. Man hat die Personalvertretung einfach ausgeschaltet und von oben herab in früherer Arroganz dekretiert, daß die Eisenbahner mit dieser Form der Auszahlung zufrieden zu sein hätten. Die wirtschaftliche Lage der österreichischen Bundesbahnen ist wohl nicht sehr trübe, aber es hätten sich Wege finden lassen, die eine vollkommene Befriedigung der Eisenbahner, die wahrlich Gläubiger erhalten, herbeigeführt hätten. Aber weit über diese Frage hinaus, hand für die Eisenbahner ein anderes Problem zur Diskussion: die Regierung Dollfuß, die sich bemüht den Auslandsgläubigern der Kreditanstalt enorme Summen an Kollateralmitteln in den Rücken zu werfen, sie will auf Kosten der Eisenbahner sparen, sie will ein schmerzhaft zurückgegangenes Bundesbahnbudget-Tenierungsgehalt neuerlich eindringen, das neuen finanziellen Einbußen auch schwere rechtliche Schäden für die Eisenbahner bringen würde. Neun Monate legt ein Entwurf, der an Därtens nichts zu wünschen übrig läßt, im Parlament, es gelang den Sozialdemokraten bisher, seine Veranlassung zu verhindern. Um nun dieser dramatischeren Regierung zu beweisen, daß die Eisenbahner bereit sind alle Mittel im Kampf um ihre Rechte anzuwenden, wurde für Mittwoch vormittag ein zweistündiger Proteststreik der Eisenbahner beschlossen, an dem außer den sozialdemokratischen Eisenbahner auch die bürgerlich organisierten teilnahmen.

Nichts charakterisiert nun die Regierung Dollfuß besser, als ihre Zustucht zu einem schwarz-gelben Erlaß. Die Christlichsozialen haben noch nicht ausgereizt, immer noch orientieren sie sich an der k. u. k. Tradition, die den Eisenbahner ein Minimum an Rechten zubilligt, aber ein Maximum an Pflichten auferlegt hat. Dollfuß verzehnt sich hinter ein „kaiserliche“ Verordnung vom 25. Juli 1914, die den Eisenbahner die Beteiligung am Streik untersagt und diejenigen, die sich gegen diesen Erlaß verzeihen mit Kerkerstrafen bis zu einem

Tagesneuigkeiten

Die Internationale der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden auf dem Marsche.

Die Bewegung der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute innerhalb der Internationale nimmt an Ausdehnung zu. Zu den schon bisher bestehenden Landesverbänden kommt nun eine Organisation in Frankreich, die in den letzten Monaten des vorigen Jahres gegründet wurde. Angeregt durch das österreichische Beispiel, hat die französische Partei einen Verband der sozialistischen Kleingewerbetreibenden und Kleinverkäufer „Groupe socialiste S. F. I. O. du petit commerce de la petite industrie et de l'artisanat“ gegründet. Als Aufgaben und Ziele des Verbandes werden bezeichnet: Prüfung aller Kleinhandel und Kleingewerbe berührenden Fragen vom sozialistischen Standpunkte aus, Propaganda für den Sozialismus, Eindringen in die Handels- und Gewerbeorganisationen, Durchsetzung eines Gesetzes über den Ladenschluss, Revision der Mietverträge und Mietzinse, Reform der Stenergesetzgebung usw. Viele dieser Forderungen dürften den österreichischen Genossen bekannt vorkommen. Dem Vorstand können nur Genossen angehören, die mindestens sechs Monate der sozialistischen Partei angehören. — Dem kürzlich in Ungarn gegründeten Verband der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute war leider keine Lebensdauer beschieden, da er von der faschistischen Regierung, die mit Recht in dem Bestande einer sozialdemokratischen Selbständigorganisation eine große Gefahr für Staat und Gesellschaft erblickte, aufgelöst wurde. Wir sind überzeugt, daß unsere modernen ungarischen Genossen ihre Tätigkeit, allen Verboten zum Trotz, nicht einstellen werden. Auch der faschistische Kurs in Ungarn wird ein Ende nehmen...

Vertrag in 158 Fällen.

Böhmisch-Budweis, 2. März. Heute Donnerstag verhaftete die Polizei den Besitzer der Inserationskanzlei, den 40 Jahre alten Stanislaus Macillis aus Böhmisch-Budweis, der bereits vorbestraft ist und den dreißig Jahre alten Karl Dvoral aus Klubova a. d. Moldau, ebenfalls vorbestraft, und lieferte beide in Gerichtshaft ein. Beide kassierten seit dem Jahre 1931 von verschiedenen Firmen für Inserate Beträge ein, die aber niemals abgedruckt wurden. Bis jetzt wurde in 158 Fällen festgestellt, daß sie auf betrügerische Weise Geld im Betrage von über 100.000 K herausgelockt haben. Die Betrüger traten unter den verschiedenen Namen auf, weshalb auch bezüglich ihrer Tätakeit in anderen Städten nachgeforscht werden wird.

Ex'erte um Landry.

Paris, 2. März. In dem Hause, in dem einst der bekannte Frauenmörder Landry wohnte, wurden zwei Frauenstele gefunden. Man ist der Ansicht, daß der ganze Fall Landry neuerlich aufgerollt werden wird.

Flüchtlings... Zu und kommen jetzt die vom Dritten Reich Vertriebenen; Männer von internationaler Bedeutung (soweit man das Kulturleben betrachtet), Männer, deren einziges und nach ihrer todeswürdiges Verbrechen darin besteht, daß sie die Welt, mit wachen Augen betrachtet haben und die notwendigen Wege in eine neue Gesellschaft und gerechte Zukunft in Wort oder Bild publizierten. Wer mit diesen Männern gesprochen hat, die im wahrsten Sinne des Wortes bei Nacht und Nebel die Städte des heutigen deutschen „Erwachens“ verlassen haben, kann sich ein annäherndes Bild dessen bilden, was im Reich des Raketenraums vorgeht. Absolute Rechtslosigkeit der Volksmehrheit ist das Wesentliche; aus ihren Betten werden Professoren, Schriftsteller, Schauspieler geholt, um auf Grund der neuesten Rotverordnungen ohne richterliche Kontrolle eingekerkert zu werden. Niemand darf zu ihnen, jeder, der sich nach ihrem Verbleib erkundigt, ist schon verdächtig und wird verhaftet. Dieses Verhalten ist aber etwas, was die Kulturwelt seit vielen Jahrzehnten nicht gekannt hat: es erinnert an die mittelalterliche Inquisition, denn niemand darf es wagen, für diese Gefangenen etwas zu tun, weil schon das „Sympathisieren“ mit den Marxisten Hochverrat ist. Es gibt keine rechtliche Handhabe, sich gegen diesen Terror zu wehren, weil das Recht des Einzelnen, soweit er nicht Raketenkreuzer ist, einfach außer Kraft gesetzt wurde. Die deutschen Städte (vom Land gar nicht zu reden), sind nach den Erzählungen der Geflüchteten eine einzige Stadt der Menschenjagd; Spindel zeigen der Polizei und ihren braunen Helfern den Weg, nach den Mitgedenkverzeichnissen der linken Vereinigungen wird vorgegangen und wehe, wenn der Betreffende angegriffen wird: er verschwindet auf... wie lange, weiß niemand. Jeder, der es wagt, seine Meinung abweichend von dem offiziellen Pressediktum zu äußern, ist vogelfrei. Die Menschen auf der Straße werden misstrauisch, wie in den Zeiten des dunkelsten Absolutis-

Der Millionär als Markendieb.

Der Papa unzurechnungsfähig. — Die Tochter 3 Monate Kerker.

Prag, 2. März. Der reiche Tepler Privatier Alexander Sochor und seine 23jährige Tochter Adele haben sich einer Reihe frecher Diebstähle schuldig gemacht. Sie hatten es auf wertvolle Briefmarken abgesehen und ihre Zusammenarbeit war sehr ausgeklügelt. Zunächst suchten sie durch Infiltration in der „Narodni Politika“ Philatelisten, die im Besitze entsprechender Marken Sammlungen waren. Dann erschienen der Herr Papa und das Töchterchen bei den Interessierten und begannen deren Sammlungen zu beschlagnahmen. Der Tochter fiel dann die Aufgabe zu, den Besitzer der Marken irgendwie abzulenkeln. Entweder simulierten sie ein plötzliches Unwohlsein und damit erlösbender Stimme um ein Glas Wasser. Oder sie erwiderten den zu Kupfenden in ein intimes Gespräch und dirigierten ihn in eine Zimmerdecke u. dgl. Jedenfalls mußte sie seine Aufmerksamkeit von dem in das Studium der Marken Sammlungen verteilten Papa abulenken. Dieser mußte die Gelegenheit aus und schah in den unbewachten Augenblicken die wertvollsten Marken. Solcherart wurde eine Reihe von Sammlern hinweg geschickt. Der Schaden beträgt im Einzelfall bis zu 5000 K.

Wenn Millionäre heulen, pflegt sich zur weichen Zeit ein ärztliches Gutachten einzustellen, das ihre Unzurechnungsfähigkeit feststellt.

Das, die persönliche Sicherheit ist gleich Null, Versammlungs- oder Hausrecht gibt es nicht mehr und dieselben braunen Söldner, die noch vor Wochen jeder Polizist wegen brutaler Gewalt festgenommen hatte, sind unberührlich. Ihr Willen ist Gesetz und Recht, weit über die Hälfte der Nation ist vogelfrei. So erwartet Deutschland. Wenn Freunde nicht mehr telephonisch erreichbar sind, weiß man, daß sie gefangen sind; dabei gibt es keine „Verlustlisten“, nur selten veröffentlicht die Hitlerpolizei ihre Tagesarbeit und die dabei verzeichneten Erfolge. Wer nur kann, versucht zu flüchten, wenn er einen exponierten Namen hat! Ruf nach Menschenwürde wird mit Peitschen beantwortet, die Braunhemden scheinen absolnte Herren über das Land; aber es gärt immer mehr, je stärker die Unterdrückung wird, desto gewaltiger wird der Widerstand. Die noch geduldeten Zeitungen bringen Tag für Tag Kriegsberichte, die von den Nachrichtenhabern diktiert sind; das allergrößte ist nach den Schilderungen der ersten Geflüchteten nicht der individuelle Terror, sondern das Fehlen des Gefühls der Verbundenheit mit den Massen. Versammlungen, Zeitungen, Vorträge sind verboten; die Verkehrsnetze gesperrt, niemand weiß, was eigentlich vorgeht; Telefongespräche werden belauscht, Verdächtige bespitzelt und mitten auf der Straße verhaftet, Hausdurchsuchungen fallen immer „erfolgreich“ aus, immer wird „Material“ gefunden, und da es keinen objektiven Richter gibt, der die Gefangenen verhören mußte und das Material überprüfen konnte, versuchen eben viele die Flucht. Mit Kofferchen und Schreibmaschine, eine knappe Barschaft in der Tasche, überschreitet so mancher geistige Arbeiter die deutschen Grenzen; und erzählt von einer Welt der Bestialität, gegen die aufzusteigen Pflicht der Kulturmenschen sein muß.

Zur Frage der Fleischkontrolle veröffentlicht das Pressebüro eine zweifelhafte amtliche Meldung, der wir folgendes entnehmen: In der Tagespresse ist die Nachricht aufgetaucht, daß die Tschechoslowakei der einzige Staat in Mitteleuropa sei, der keine gesetzliche Grundlage für die Fleischkontrolle hätte. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. In den historischen Ländern, auch in der Slowakei und in Karpatenland, gelten Vorschriften, die dafür bürgen, daß in den Handel kein Fleisch gelangt, das die Gesundheit der Menschen bedroht. Es besähe daher bei uns keine Lücke in den Vorschriften zum Schutze der Volksgesundheit. Die Durchführung dieses Belanges des Gesundheitsdienstes erbeischt allerdings, daß die Vorschriften der Dienst der Aufsichtsorgane verbessert werden. Das diesbezügliche Gesetz muß besonders die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichs- und dem tschechischen Stand abschaffen. Das Ministerium für Gesundheitswesen beabsichtigt ernstlich mit dieser Angelegenheit.

Das Besinden Cermaks hat sich wiederum teilweise gebessert; trotzdem muß sein Zustand noch weiter als bedenklich bezeichnet werden.

Tschechoslowakische Familie aus Sachsen angetroffen. Aus Weipert wird uns berichtet: Mittwoch mittags traf in einem Autobus unter Begleitung durch ein aus neun Mann bestehendes Heberfallskommando die Familie des in der Tschechoslowakei gebürtigen und seit einigen Jahren in Simbach im Chemnitzer Bezirke wohnhaft gewesenen Gelegenheitsarbeiters Anton Weigert an der tschech-böhmischen Grenze ein, wo die neunköpfige Familie von Organen der Weipert Sicherheitswache übernommen und zum Bohnhof gebracht wurde, von wo aus der Weitertransport der Leute in ihre Heimat im Sudbter Gebiete erfolgte. Die Ausweisung Weigerts ist auf Grund „besonderer Verhältnisse“ erfolgt; er stand der kommunistischen Partei nahe. Der Abtransport der Familie war unter Ueberwachung eines Heberfallkommandos deshalb er-

folgt, weil die Behörden annahmen, von kommunistischer Seite würde während der Fahrt zur Grenze versucht werden, die Ausweisung Weigerts zu vereiteln. Die Familie kehrte am Abend ihre Reise in die Heimat im Eisenbahnzuge fort.

Totschlag mit der Faust. Donnerstag wurde in Pardubitz der 35jährige Müller Jaroslav Koci verhaftet und in die Gerichtshaft eingeliefert. Montag geriet er mit dem 41jährigen Restaurateur B. Ender auf dem Bahnhofsperon in Streit. Koci schlug Ender mit der Faust so stark an den Kopf, daß dieser zur Erde fiel. Ender fuhr dann mit dem Zug nach Saute und verschied Mittwoch in der Nacht. Bei der gerichtlichen Obduktion wurde festgestellt, daß er den Schädelknochen in einer Länge von acht Zentimeter eingestochen hatte, welche Verletzung er sich durch den Fall auf die Erde zugezogen hatte. Er starb an innerer Verblutung.

Verbandsstag der Bank- und Sparkassenbeamten. Der Verband der Bank- und Sparkassenbeamten hält am 8. und 9. April seinen 9. ordentlichen Verbandstag in Prag ab.

Wien baut 1300 neue Wohnungen. Die zuständigen Ausschüsse des Wiener Gemeinderates haben das Frühjahrsbauprogramm der Gemeinde Wien genehmigt. Es sollen sieben neue Gemeindehäuser mit 1358 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 14,5 Millionen Schilling erbaut werden.

Rindsteelegung. Mittwoch hinterlegte eine etwa zwanzig Jahre alte Frau in einer Restauration in Budweis wissentlich ihr drei Monate altes Kind. Nach einer vergebens eingeleiteten Fahndung nach der Mutter des Kindes besorgte das Polizeiamt ein Pflegerin, bevor in die ganze Angelegenheit Licht gebracht werden wird.

Vermißter Militärpilot. Der Feldpilot Rudolf Klima wurde der Übungsstaffel des Fliegerregimentes Nr. 1 zwecks Ueberprüfung zugewiesen. Donnerstag erhielt er den Befehl zu einem Übungsflug und startete um 10 Uhr 50 auf dem Flugweg der Übungsstaffel Ab-111-92; er ist bisher nicht zurückgekehrt. Bis 18 Uhr lag von ihm noch keine Meldung vor.

Der Multimillionär Karl Voeltcher, der am 13. Februar von seiner Wohnstätte entführt wurde, ist nach Bezahlung eines Lösegeldes von 60.000 Dollar seiner Familie zurückgegeben worden. Nach der Freilassung Voeltchers hat fast die gesamte Polizei von Dender die Verfolgung der Entführer aufgenommen.

„Tod für Hitler...“ Das Gebäude des deutschen Konsulates in Lüttich wurde in der Mittwoch-Nacht bis zu einer Höhe von zwei Metern mit roter Farbe und mit der Aufschrift in französischer Sprache „Tod für Hitler, es lebe die Revolution!“ beschmiert. Außerdem sind die Initialen KPD und das kommunistische Hammer-Sichel-Zeichen auf der Wand angebracht worden. Die Polizei hat alle notwendigen Schutzmaßnahmen für das Konsulat ergriffen.

Sprengstoff-Diebstahl. Aus dem Sprengstofflager der Firma „Arbeitsgemeinschaft“ für den Adarkanal-Durchstich in Heilbrunn wurden in den letzten Tagen 42,5 Kilogramm Gelatine-Dynamit, 100 Sprengkapseln und fünf Meter Zündschnur gestohlen. Ueber die Täter ist noch nichts bekannt.

Brand. Gestern um Mitternacht brach in dem Kohlenlager der Firma Alois Piska, in dem ehemaligen Kriegsquartiersstation in Pardubitz, ein Brand aus. Weiter verbrannten mehrere Waggons Kohle und die eingelagerten landwirtschaftlichen Maschinen. Es drohte die Gefahr, daß der Brand auch auf die benachbarten Baracken übergriffe. Der Brand konnte noch im Laufe der Nacht lokalisiert werden, daneben jedoch in den Waggonsräumen aus. Das Lager war versichert, die Schadenshöhe konnte bisher nicht abgeschätzt werden. Die Brandursache wird von der Polizei untersucht.

Todesfall. Am 26. Februar verschied in Pöchlberg Frau Franziska Kurza, Oberlehrerpatin und gew. in. Beherin, die Mutter unseres Genossen H. W. Kurza, Beamten der „Sec“ in Prag.

Fejtkalender 1933:

März bis Mai
Karl Marx-Gedenkfeiern.
14. März — 50. Todestag.
März Frauentag.
1. Mai.
18. Juni Kindertag.
Küßt schon jetzt in diesen proletarischen Feiern!

Erstuliches aus England.

In London wurde der dieser Tage verstorbenen englische Feldmarschall Sir William Robertson bestattet. Generalfeldmarschall Robertson, der in den letzten Jahren seines Lebens zu einem entschieden Pazifisten geworden war und Kriege als „unheil“ bekämpfte, hatte in seinem Testament bestimmt, daß bei seinen Beerdigungsfestlichkeiten auf jeden militärischen Prunk verzichtet werden solle. So geschah es, daß bei der Gedächtnisfeier in der Westminster-Abtei zwar eine ganze Reihe von Vertretern des englischen Generalstabs, des diplomatischen Korps des Prinzen von Wales und des Königs von England, aber — nicht eine einzige Uniform zu sehen war. Selbst Säbel und Federhut fehlten auf der Bahre. Nur die über den Saug gebreite Landesflagge erinnerte daran, daß ein Soldat begraben wurde.

Das Oxford Studentienparlament hat mit 275 gegen 153 Stimmen eine Entschließung angenommen, daß es „unter keinen Umständen für seinen König und sein Land kämpfen“ werde. Diese Entschließung hat in England eine heftige Diskussion ausgelöst, zumal auch mehrere andere Studentenvereinigungen Beschlüsse faßten, die zu den englischen konventionellen Auffassungen, wie sie bisher gerade an den großen Universitäten gültig waren, im heftigsten Widerspruch stehen. So hat auch ein Debattierklub nach einem Besuch Lansburys mit 67 Stimmen Mehrheit eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Im Sozialismus liegt die einzige Lösung für die Probleme, vor die unser Land gestellt.“ Ferner haben die Mitglieder des studentischen Labourklubs zusammen mit den Mitgliedern des kommunistischen Oktoberklubs vor einigen Monaten gemeinsam die Demonstration, die in „Hungermärschen“ nach London zogen, tatkräftig unterstützt.

Die Todesurteile. Das Gericht in Uestäd verurteilte den Schmied Menovic aus der Gemeinde Kefna, der im Oktober des Vorjahres seinen Vater ermordete und die Mutter so schwer verletzete, daß sie bald im Krankenhaus verschied, zum Tode. Der Mörder motivierte seine Tat damit, daß er sich der Erbschaft bemächtigen wollte.

Selbstmord eines Bankassiers. Aus der Donau wurde die Leiche des Kassiers einer Bankfiliale in Reusz gejogen. Der Bankier war im April des Vorjahres nach Unterschlagungen von 200.000 Dinat geflüchtet.

Freilegung einer tausendjährigen Kirche. In italienischen archaischen Kreisen ruft die Entdeckung eines alten Domes aus dem X. Jahrhundert in Amalfi, eines hervorragenden Bauwerks, großes Aufsehen hervor. Diese Kirche, die der Baumeister Rosone in der zweiten Hälfte des X. Jahrhunderts baute, wurde hinter einer verlängerten Wand der Kirche Chiesa di Crocifisso entdeckt, die vor dem Kloster steht, das ehemals den Benediktiner Mönchen, den Vorgängern des Malteser-Ordens, in der Zeit der größten Blüte der Republik Amalfi gehörte. Bisher wurden zwei Reihen von künstlerisch gearbeiteten Arkaden und ein Teil einer Marmor-Säulentreibe freigelegt. Raumzeit wird an der Freilegung des denkwürdigen Gebäudes gearbeitet.

Der Ball ohne Tänzer. Aus Sonnenberg im Erzgebirge wird uns geschrieben: Wie groß die Notlage breiter Bevölkerungsschichten in den meisten Erzgebirgsorten ist, beweist ein Ereignis in Sonnenberg. Im „Sozial-Polk“ sollte am Faschingsonntag eine Tanzunterhaltung abgehalten werden, zu der in ortsüblicher Weise eingeladen wurde. Aber es stellte sich nicht ein einziger Tänzer ein, so daß die Musiker ihr Podium wieder verlassen und unberichtetet Belke den Heimweg antreten mußten, während der Gastwirt betrübt die Lichter im Saale wieder verlöschte...

Der Ball ohne Tänzer. Aus Sonnenberg im Erzgebirge wird uns geschrieben: Wie groß die Notlage breiter Bevölkerungsschichten in den meisten Erzgebirgsorten ist, beweist ein Ereignis in Sonnenberg. Im „Sozial-Polk“ sollte am Faschingsonntag eine Tanzunterhaltung abgehalten werden, zu der in ortsüblicher Weise eingeladen wurde. Aber es stellte sich nicht ein einziger Tänzer ein, so daß die Musiker ihr Podium wieder verlassen und unberichtetet Belke den Heimweg antreten mußten, während der Gastwirt betrübt die Lichter im Saale wieder verlöschte...

Der Ball ohne Tänzer. Aus Sonnenberg im Erzgebirge wird uns geschrieben: Wie groß die Notlage breiter Bevölkerungsschichten in den meisten Erzgebirgsorten ist, beweist ein Ereignis in Sonnenberg. Im „Sozial-Polk“ sollte am Faschingsonntag eine Tanzunterhaltung abgehalten werden, zu der in ortsüblicher Weise eingeladen wurde. Aber es stellte sich nicht ein einziger Tänzer ein, so daß die Musiker ihr Podium wieder verlassen und unberichtetet Belke den Heimweg antreten mußten, während der Gastwirt betrübt die Lichter im Saale wieder verlöschte...

Der Ball ohne Tänzer. Aus Sonnenberg im Erzgebirge wird uns geschrieben: Wie groß die Notlage breiter Bevölkerungsschichten in den meisten Erzgebirgsorten ist, beweist ein Ereignis in Sonnenberg. Im „Sozial-Polk“ sollte am Faschingsonntag eine Tanzunterhaltung abgehalten werden, zu der in ortsüblicher Weise eingeladen wurde. Aber es stellte sich nicht ein einziger Tänzer ein, so daß die Musiker ihr Podium wieder verlassen und unberichtetet Belke den Heimweg antreten mußten, während der Gastwirt betrübt die Lichter im Saale wieder verlöschte...

Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen-Samstag:
Prag: 6.15 Gymnastik, 11.00 Schallplatten, 12.20 Deutsche Sendung; Heitere Jugendstücke 19.55 Drei Musikstere — Bräun: 12.30 Orchesterkonzert, 18.35 Deutsche Sendung; Läng: in der neuen Musik, 19.25 Schrammelmusik — Perlin: 21.15 Orchesterkonzert — Mühlader: 19.30 Kammermusik — Hamburg: 22.30 Heiteres Konzert — Röhgen: 19.25 Wandersängerquartett, 21.15 Orchesterkonzert. — Wien: 19.00 Bericht aus Afrika, 20.00 „Resalliance“, Komödie von Cham.
Anstieg der tschechoslowakischen Rundfunkhörerzahl. Im Jänner l. J. ist in der Tschechoslowakei ein Zuwachs von 15.644 Rundfunkhörern zu verzeichnen. Die Gesamtzahl betrug 1. Februar 487.857, wovon 484.711 zahlend und 3146 nichtzahlende Teilnehmer sind.

